

Antrag auf Einbürgerung nach

 § 8 StAG

 § 9 StAG

 § 10 StAG

Bitte alle Fragen beantworten. Sollte der Platz bei der Frage nicht ausreichen, weite Ausführungen bitte auf einem Beiblatt. Bei Minderjährigen ab 16 Jahren ist ein eigener Antrag erforderlich.

Ich beantrage die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit und mache über meine persönlichen Verhältnisse folgende Angaben:

1 Angaben zu meiner Person

Familienname (ggf. Geburtsname)	Vorname(n)	Vermerke der Behörde
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat	
Wohnort (PLZ, Ort)	Straße	
Ausgeübter Beruf		
Tel. /Fax/E-Mail		
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft	seit	
Ort der Eheschließung/Begründung der Lebenspartnerschaft		
Bei Scheidung oder gerichtlicher Aufhebung (Tag der Rechtskraft – Anerkennung – des Urteils)		

2 Angaben zur Person meine(r, s) Ehegattin/Ehegatten, meine(r, s) eingetragenen Lebenspartnerin/Lebenspartners

Familienname (ggf. Geburtsname)	Vorname(n)	Vermerke der Behörde	
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat		
Wohnort (PLZ, Ort)	Straße		
Ausgeübter Beruf			
Staatsangehörigkeit(en)			
Ist die Einbürgerung ebenfalls beantragt? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja (falls nicht Deutscher)			
Frühere Ehen/Lebenspartnerschaften <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	1. Ehe/Lebenspartnerschaft von- bis		aufgelöst durch
	Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten/Lebenspartners		
	<input type="checkbox"/> Ja 2. Ehe/Lebenspartnerschaft von - bis	aufgelöst durch	
	Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten/Lebenspartners		

3 Angaben zu Status und Aufenthalt

Status		Vermerke der Behörde	
Meine derzeitige(n) Staatsangehörigkeit(en)			
Sind diese Staatsangehörigkeiten belegt? (Pass, Staatsangehörigkeitsnachweis, Einbürgerungsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates) <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, durch →			
Frühere Staatsangehörigkeit(en)			
Verlustgrund			
<input type="checkbox"/> Der Verlust der Staatsangehörigkeit(en) ist Kraft Gesetzes eingetreten	<input type="checkbox"/> Der Verlust der Staatsangehörigkeit(en) ist nachgewiesen durch →		Entlassungsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates
Besonderer Status			
ehemaliger Kontingent flüchtling?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		nachgewiesen durch
Heimatloser Ausländer?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		nachgewiesen durch
Ausländischer Flüchtling	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		nachgewiesen durch
Staatenloser?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	nachgewiesen durch	
Asylberechtigter?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	nachgewiesen durch	
Wurde ein Asylwiderrufsverfahren eingeleitet?		<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Wehrdienst			
Wehrpflichtig?		<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Vom Wehrdienst befreit/zurückgestellt?		<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, bis	
Wehrpflicht erfüllt?		<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, von- bis	
Anderer geleisteter Wehrdienst?		Nein Ja, von- bis	
Aufenthalte seit Geburt			
von	bis	In (Ort, Staat)	

Aufenthaltsgenehmigung vor dem 01.01.2005				Vermerke der Behörde
Aufenthaltsgenehmigung erteilt? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Aufenthaltserlaubnis erteilt? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Aufenthaltbefugnis erteilt? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	gültig bis	
Aufenthaltsgenehmigung nach dem 01.01.2005				
Niederlassungserlaubnis erteilt? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Aufenthaltserlaubnis erteilt? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, nach § Aufenthaltsgesetz		gültig bis	
Freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja				

4 Angaben zu meinen Kindern

Bitte auch eintragen: volljährige Kinder aus früheren Ehen; außereheliche Kinder

	1. Kind	2. Kind	3. Kind	Vermerke der Behörde
Familienname				
Vorname(n)				
Geburtsdatum				
Geburtsort				
Staatsangehörigkeit(en)				
Mit einzubürgern?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	
Das Kind stammt aus:				
- jetziger Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
- früherer Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
- keiner Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
wurde adoptiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z. Zt. besuchten Schule	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	
	4. Kind	5. Kind	6. Kind	
Familienname				
Vorname(n)				
Geburtsdatum				
Geburtsort				
Staatsangehörigkeit(en)				
Mit einzubürgern?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	
Das Kind stammt aus:				
- jetziger Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
- früherer Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
- keiner Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
wurde adoptiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z. Zt. besuchten Schule	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	

5 Angaben zu meinen Eltern

Eltern		Vermerke der Behörde
Vater (Familienname, ggf. Geburtsname)	Mutter (Familienname, ggf. Geburtsname)	
Vorname(n)	Vorname(n)	
Staatsangehörigkeit	Staatsangehörigkeit	
letzter Wohnort/Land	letzter Wohnort/Land	
verstorben? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, am	verstorben? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, am	
Adoptiveltern		
Vater (Familienname, ggf. Geburtsname)	Mutter (Familienname, ggf. Geburtsname)	
Vorname(n)	Vorname(n)	
Staatsangehörigkeit	Staatsangehörigkeit	
letzter Wohnort/Land	letzter Wohnort/Land	
verstorben? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, am	verstorben? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, am	
Adoption wirksam seit:		
Nachgewiesen durch:		
Nur zu beantworten von minderjährigen Einbürgerungsbewerbern		
<input type="checkbox"/> Die Ehe der Eltern besteht nicht mehr.	Die Vertretungsbefugnis liegt bei	
Gesetzesbestimmung bzw. gerichtliche Anordnung →	Die Vertretungsbefugnis beruht auf	

6 Angaben zu Ausbildung und beruflichen Werdegang

Schulausbildung				Vermerke der Behörde
Von	bis	Schulart	Staat	
Schulabschluss				

Berufsausbildung/Studium/Qualifikation					Vermerke der Behörde
von	bis	Art	Abschluss	Staat	
Arbeitsverhältnisse/selbständige Tätigkeit in den letzten 8 Jahren					
von	bis	Art	Anschrift der Arbeitgeberin/des Arbeitgebers		

7 Angaben zu Straftaten/erhebliche Ordnungswidrigkeiten

7.1 Strafverfahren (einschließlich Straftaten im Ausland)

<input type="checkbox"/> keine Straftaten <input type="checkbox"/> Abgeschlossene Strafverfahren				Vermerke der Behörde
Tatbezeichnung	Anhängig bei Behörde (Gericht, Staatsanwaltschaft)	Datum des Urteils	Höhe des Strafmaßes bei noch nicht getilgten Strafen	
Zur Zeit noch anhängige Ermittlungsverfahren?				
<input type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> Ja, wegen		
Behörde u. AZ:				
Eingestellte Ermittlungsverfahren der letzten 5 Jahre?				
<input type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> Ja, Behörde und Aktenzeichen (Bitte Einstellungsmittelungen beifügen)		

7.2 Erhebliche Ordnungswidrigkeiten (ab 500,- EUR Bußgeld) - nur auszufüllen bei Ermessenseinbürgerungen -

<input type="checkbox"/> keine erheblichen Ordnungswidrigkeiten (ab 500,- EUR Bußgeld) <input type="checkbox"/> Abgeschlossene Ordnungswidrigkeitenverfahren (ab 500,- EUR Bußgeld)				Vermerke der Behörde
Verstoß	Behörde	Bußgeld	Datum	

8 Angaben zu meinen wirtschaftlichen Verhältnissen

8.1 Einkünfte

	Betrag EUR/Monat	Vermerke der Behörde
Einwerbseinkünfte (brutto) <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		
Einkünfte aus selbstständiger Arbeit <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		
Einkünfte aus Vermietung/Verpachtung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		
Rente <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		
Unterhalt/Unterhaltskostenvorschuss <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		
Erziehungsgeld <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		
Kindergeld <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis	
Wohngeld <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis	
Arbeitslosengeld I <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		
Arbeitslosengeld II <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis	
Sozialgeld <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis	
Sozialhilfe <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis	
Krankengeld <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis	
Sonstige Einkünfte <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis	
Gegebenenfalls Gründe für den Bezug von Arbeitslosengeld II/Sozialgeld/Sozialhilfe		

8.2 Alterssicherung

- nur auszufüllen bei Ermessenseinbürgerungen -

<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, durch →	<input type="checkbox"/> gesetzliche Rentenversicherung	Anzahl der Beitragsmonate	
	<input type="checkbox"/> private Renten-/Lebensversicherung	seit/Summe	
	<input type="checkbox"/>		

8.3 Krankenversicherung

- nur ausfüllen bei Ermessenseinbürgerungen -

<input type="checkbox"/> gesetzliche Krankenversicherung	<input type="checkbox"/> private Krankenkasse	
--	---	--

8.4 Einkünfte der Familienangehörigen (gem. Nr. 8.1)

<input type="checkbox"/> brutto		Vermerke der Behörde
Familienname, Vorname	Betrag EUR/Monat	

8.5 Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche

Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja (Name und Anschrift der/des Unterhaltspflichtigen)		
	Betrag EUR/Monat	
Bruttoeinkünfte der/des Unterhaltspflichtigen	Betrag EUR/Monat	

8.6 Unterhaltsverpflichtungen

Bestehen Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Personen, die nicht zur Haushaltsgemeinschaft gehören? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, und zwar		
Gegenüber welcher Person/welchen Personen?		
Unterhaltsrückstände <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, in Höhe von EUR		

9 Vertreibung von Mehrstaatigkeit

Ich bin bereit, meine bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) aufzugeben und verpflichte mich, nach schriftlicher Zusicherung der Einbürgerung, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.		
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein, aus folgenden Gründen (ggf. auf einem Zusatzblatt)	

10 Sonstiges

Die Einbürgerung habe ich bereits früher beantragt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, bei (Behörde)		
Wurde über den Antrag entschieden? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> er wurde von mir Zurückgenommen <input type="checkbox"/> er wurde abgelehnt. <input type="checkbox"/> er wurde zurückgestellt.		
		Datum der Entscheidung

11 Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Loyalitätserklärung

(abzugeben von Einbürgerungsbewerbern über 16 Jahre)

Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Insbesondere erkenne ich an:

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
 - a. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
 - b. das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
 - c. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
 - d. die Unabhängigkeit der Gerichte,
 - e. den Ausschluss jeder Gewalt und Willkürherrschaft und
 - f. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

2. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebung verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die
 - a. gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
 - b. eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
 - c. durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Unterschrift

← Bitte erst bei der Antragsabgabe unterschreiben

Für die Richtigkeit vorstehender Unterschrift

Im Auftrag

_____, den _____

(Siegel)

(Behörde/Unterschrift)

Verwaltungsgebühren:

255,- € je erwachsener Einbürgerungsbewerber

51,- € für jedes miteinzubürgernde minderjährige Kind ohne eigenes Einkommen

255,- € für jedes selbständige einzubürgernde Kind

Bei Ablehnung oder Rücknahme des Antrags werden i. d. R. 75% der jeweiligen Verwaltungsgebühr fällig.

Die Gebührenbemessung erfolgt nach § 38 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) in der derzeit gültigen Fassung.

Ich bin damit einverstanden, dass die Einbürgerungsbehörde ggfs. Während des laufenden Einbürgerungsverfahrens einen Vorschuss oder eine Sicherheitsleistung nach § 16 des Verwaltungskostengesetzes (VwKostG) vom 23. Juni 1970 verlangen kann. Die Gebühr ist spätestens vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde in voller Höhe zu zahlen.

Belehrung über die Richtigkeit der Angaben:

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich habe davon Kenntnis genommen, dass falsche oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder Rücknahme der Einbürgerung führen können und dass ich verpflichtet bin, Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse während des Verfahrens unverzüglich mitzuteilen.

Einwilligung gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe b Datenschutzgesetz NRW

Ein Informationsblatt zur Datenerhebung und -verarbeitung wurde mir ausgehändigt.

Ich bin damit einverstanden, dass die in diesem Informationsblatt genannten und für die Bearbeitung des Einbürgerungsantrags benötigten personenbezogenen Daten aufgrund des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.07.1913 in der z. Zt. gültigen Fassung und den dazu ergangenen Rechtsvorschriften in Verbindung mit §§12, 13 Datenschutzgesetz NRW erhoben, verarbeitet und gespeichert werden.

Hinweis zur Verfassungstreue

Ich bin über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung belehrt worden.

Ein Informationsblatt zur Loyalitätserklärung wurde mir ausgehändigt. Von dem Inhalt des Informationsblattes habe ich vor der Unterzeichnung der Loyalitätserklärung Kenntnis genommen.

<div style="border: 1px solid black; width: 100%; height: 100%; display: flex; align-items: center; justify-content: center;"> <p>Lichtbild (aus neuerer Zeit)</p> </div>	<p>Datum, Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers/der Einbürgerungsbewerberin, der/des gesetzlichen Vertreter(s/in)</p> <hr style="border: 0; border-top: 1px solid black; margin: 10px 0;"/> <p><u>Bei Miteinbürgerung von Kindern unter 16 Jahren:</u> Ich (wir) beauftrage(n) hiermit ebenfalls die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit für die in diesem Antrag als miteinzubürgernd aufgeführten Kinder.</p> <p>Datum, Unterschrift der/des gesetzlichen Vertreter(s/in)</p> <hr style="border: 0; border-top: 1px solid black; margin: 10px 0;"/>
---	---

Für die Richtigkeit vorstehender Unterschrift

Im Auftrag

_____, den _____

(Siegel)

(Behörde/Unterschrift)

Information zur Abgabe der Loyalitätserklärung

Bekanntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt. Die Staatsgewalt wird vom Volke über die von ihm gewählten Vertreter ausgeübt.

Sie beinhaltet einen Rechtsstaat, der Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit jedes Einzelnen schützt.

Was bedeutet das konkret? Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Begriff fasst man die **Wertevorstellungen des Grundgesetzes** zusammen. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen insbesondere:

- die Achtung der Menschenrechte, vor allem das Recht jedes Menschen auf Leben und freie Entfaltung und Gleichbehandlung (hierzu zählt auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann),
- die Souveränität des Volkes,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Nachfolgend werden Ihnen diese Grundwerte der deutschen Verfassung näher erläutert:

1 Demokratie und Volksherrschaft

Nach dem Grundgesetz geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das Volk bestimmt in regelmäßigen Wahlen Vertreter im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Diese nehmen die Interessen der jeweiligen Ebene, für die sie gewählt wurden wahr und treffen die Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

2 Achtung der Grundrechte

Die Grundrechte ermöglichen es dem Einzelnen unter anderem, sich gegen deren Beeinträchtigung durch den Staat zu wehren. Der Staat hat die Grundrechte eines jeden Menschen zu schützen, aber auch gegen andere Menschen, Personenvereinigungen und Organisationen. Jeder Mensch hat Anspruch auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Niemand darf andere in ihrer freien Selbstbestimmung beeinträchtigen, z.B. hinsichtlich der religiösen Betätigung sowie des Zugangs zu Informationen, zur Bildung und zum Berufsleben, Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

3 Gewaltenteilung

Der Grundsatz der Gewaltenteilung dient der Hemmung und Kontrolle staatlicher Macht. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt (siehe unter 1.) wird durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der vollziehenden Gewalt (Regierungen und Verwaltungen) und der Rechtsprechung (Gerichte) ausgeübt. Die Parlamente kontrollieren die Arbeit der Regierung.

4 Rechtsstaatsprinzip

Das Rechtsstaatsprinzip gewährleistet vor allem, dass Regierung und Verwaltung die Gesetze einhalten und es einen gerichtlichen Rechtsschutz bei Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt gibt. Jedem Bürger steht der Weg zu den Gerichten offen.

5 Gesetzmäßigkeit der Verwaltung

Die Verwaltungen müssen die Gesetze beachten und anwenden. Maßnahmen, die in Rechte des Bürgers eingreifen, bedürfen zu ihrer Rechtfertigung grundsätzlich einer gesetzlichen Grundlage, die diese Maßnahmen zulässt oder erlaubt.

6 Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden.

Die Richter sind nur ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet. Jeder Bürger hat einen Anspruch auf einen fairen Prozess.

7 Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der politischen Parteien

Ein wesentliches Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist, dass es verschiedene Parteien gibt. Alle Parteien haben die gleichen Chancen, ihre politischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen.

Gründung, Bestand und Tätigkeit der Parteien sind frei von staatlichen Einflüssen und Eingriffen. Bei Wahlen haben alle Parteien die gleichen Möglichkeiten, für sich zu werben und gewählt zu werden. Durch das Mehrparteienprinzip wird die Meinungsvielfalt im öffentlichen Leben gewährleistet.

8 Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition

Die Opposition bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe, sie zu kontrollieren. Sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Regierung darf die Opposition nicht in ihrer Arbeit behindern.

Für **Ihre Einbürgerung** ist es wichtig, dass Sie die eben beschriebenen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstanden und akzeptiert haben. Bitte stellen Sie Fragen, wenn Ihnen hierzu noch etwas unklar ist

Mit Ihrer Unterschrift bekennen Sie sich zu den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Durch Ihre Unterschrift erklären Sie aber auch,

1. dass Sie keine Bestrebungen unterstützen oder selbst verfolgen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wenden,
2. dass sich Ihre Handlungen nicht gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland wenden,
3. dass Sie die Amtsausübung der gewählten Organe des Landes nicht behindern werden und
4. dass Sie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht durch Ausübung von Gewalt oder durch Vorbereitung solcher Handlungen gefährden wollen.